

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jeversches Wochenblatt 1929

148 (27.6.1929)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-139239](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-139239)

Severisches Wochenblatt

Bezugspreis für den laufenden Monat durch die Post 2.25 M. ohne Postgebühren, durch die Austräger 2.25 M. frei Haus (einschl. 25 Pfg. Trägerlohn). — Erscheint täglich, außer Sonntags. Schluß der Anzeigenannahme morgens 8 Uhr. Im Falle von Betriebsstörungen durch Reichsdruck, Adressenwechsel sowie Ausbleiben des Posters um, hat der Besteller keinerlei Anspruch auf Nachlieferung, oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Severländische



Nachrichten

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, auswärts 15 Pfennig, im Textteil 40 Pfennig. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, auch für durch Fernsprecher aufgenommene und abbestellte, sowie undeutliche Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

Postfachkonto Hannover 12354. Fernspr. Nr. 257

Nummer 148

Sever i. O., Donnerstag, 27. Juni 1929

139. Jahrgang

Keine Aufhebung der Einfuhrerleichterungen für Fleisch

Berlin, 26. Juni. Der Präsident eröffnete die Mittwochsitzung des Reichstages um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung einer großen Zahl von Anträgen über landwirtschaftliche Fragen. Es handelt sich um die Aufhebung der Einfuhrerleichterungen für Fleisch, um eine Ergänzung des Viehsteuergesetzes, um eine Novelle zum Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch und den Antrag über die Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch aus Dänemark, ferner um die Erhöhung des Kartoffelzolls, des Butterszolls, des Zolls für Molkereiprodukte und um die Zuckerpriestregelung. Weiter ist ein von anderen Regierungsparteien unterstützter Antrag Dr. Desjauer (Z.) eingegangen, der die während des Krieges und in der Nachkriegszeit zugelassenen Einfuhrerleichterungen für Lebensmittel zum 31. Dezember 1933 in Kraft lassen und dem Reichsminister des Innern die Ermächtigung geben will, diese Erleichterungen dann wieder aufzuheben. Abg. Börnle (R.) protestierte gegen die Zollerhöhungen, die eine neue Belastung für die Massen darstellen.

Reichsernährungsminister Dietrich erklärte auf eine Anfrage, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß sie auf das jetzt bestehende zollfreie Gefrierfleischkontingent nicht verzichten könne. Sie habe die Regierungsparteien davon verständigt und das Ergebnis sei ein neuer Antrag der Regierungsparteien, wonach hinsichtlich des Gefrierfleisches der bisherige Zustand bestehen bleiben soll. Abg. Bind (Dn.) bezeichnete die Haltung des Ministers in der Gefrierfleischfrage als ein Zurückweichen vor der Linken und als eine Abkehr von den Zusagen, die vorher der Landwirtschaft gemacht worden seien. Der Minister habe heute alles über den Haufen geworfen, was gestern aufgebaut wurde. Abg. Dr. Fehr (Bayr. Vp.) betonte, auch er sei nicht in der Lage, dem Standpunkt des Ministers beizutreten. Durch den neuen Antrag der Regierungsparteien werde die langwierige bisherige Verhandlungsarbeit völlig ergebnislos gemacht. Die Folge solcher Geschehnisse werde die absolute Vernichtung der Landwirtschaft sein.

Abg. Hepp (Chr.-Nat. Bp.) verlangte gleichfalls die Aufhebung der Einfuhrerleichterungen für Fleisch. Sie seien dadurch überflüssig geworden, daß sich inzwischen die Fleischproduktion im Inland vervielfacht habe. Der Minister habe Initiative an falscher Stelle zum Schaden der Landwirtschaft gezeigt.

Von den Kommunisten ist ein Antrag auf Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 50 auf 120 Tonnen eingegangen.

Abg. Dr. Fehr (E.) erklärte, seine Fraktion sehe sich außerstande, den beantragten Zollerhöhungen zuzustimmen. Die Arbeiten im Sachverständigenausschuß hätten bewiesen, daß sich die Sozialdemokratie nicht zu irgend welcher Gegnerschaft gegen die Landwirtschaft stellen lasse. (Widerpruch rechts.) Als der Redner erklärte, die Betriebsmängel unseres Bauernstandes seien durchaus rückständig, erhob sich auf der Rechten großer Lärm. Die Abgeordneten besonders der Christlich-Nat. Bauernpartei ließen minutenlang Pfuirufe ertönen. Der Redner gab dann der Befriedigung Ausdruck, daß durch die Zollerhöhungen unser Verhältnis zu den Nachbarländern schwer gefährdet werde. Deutschland könne nun einmal nicht von eigener Scholle leben.

Abg. Fankh (D.) bedauert, daß diese Fragen nicht schon vor fünf Monaten beraten werden konnten. In einer aus fünf Parteien bestehenden Koalition sei natürlich die Verständigung nicht so schnell zu erzielen. Die politische Vertretung der Bauerninteressen sei geschädigt worden durch die Gründung besonderer Bauernparteien, weil dadurch in den politischen Parteien die landwirtschaftliche Vertretung geschwächt werde. Die Schaffung des Butterszolls werde die Nationalisierung der Betriebe fördern. Daß nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten, sei angesichts der widersprechenden Interessen der verschiedenen Wirtschaftsklassen selbstverständlich.

Abg. Diez (Z.) gab zu, daß im landwirtschaftlichen Betrieb noch manche Vervollkommnungen möglich sind, aber der deutsche Ackerbauer brauche den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen, auch nicht mit den Bauern der Vereinigten Staaten. Wenn Abg. Hepp die Republik bauernfeindlich nenne, so beweise er, daß er sich nicht von Interessen der Landwirtschaft, sondern von politischen Zwecken leiten lasse. Der Redner kündigte an, daß die Frage der Viehsteuern im Herbst geregelt werden müsse.

Nach einer Mitteilung des Präsidenten ist der zu Beginn der Sitzung eingereichte Antrag der Regierungsparteien, der an die Stelle der vom Ausschuss vorgeschlagenen Wiederinfraktierung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes treten sollte und lediglich eine Begrenzung der in der Verordnung über Einfuhrerleichterungen für Fleisch vorgesehenen Erleichterungen für die Einfuhr von Lebensmitteln bis Ende 1933 vorsah, von den Antragstellern wieder zurückgezogen worden.

Der Ausschussantrag über die Wiederinfraktierung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes hatte eine Er-

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag gekündigt

21. Berlin, 27. Juni. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der deutsch-schwedische Handelsvertrag von der deutschen Regierung zum 15. Februar 1930 gekündigt worden. Wie es in der deutschen Note, die der schwedischen Regierung ausgereicht worden ist, heißt, erfolgte die Kündigung in Anbetracht der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft, um höhere Zölle für gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse zu ermöglichen. Gleichzeitig wird in der Note die Bereitschaft der deutschen Regierung mitgeteilt, sofort in neue Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages einzutreten.

Attentat auf den französischen Konsul in Berlin

21. Berlin, 27. Juni. Im französischen Konsulat kam es am Mittwochmittag zu einem aufregenden Vorfall. Eine Russin, die den Konsul zu sprechen verlangte, wurde, als der französische Konsul Binet nach ihren Wünschen fragte, drei Revolvereinfälle ab, die in die Decke des Empfangszimmers gingen, ohne den Konsul oder sonstige Personen zu verletzen. In der Paskette, in der zahlreiche Anträge auf das französische Bismarck waren, brach eine Panik aus. Das Personal des Konsulats stürzte sich sofort auf die Russin und hielt sie fest, um sie der alsbald eintreffenden Polizei zu übergeben.

Ueber diesen Vorfall erzählt die Tel.-Union noch folgende Einzelheiten: Kurz nach 10 Uhr erschien in der Paskette des französischen Konsulats in der Matzstraße ein russisches Ehepaar, das ein kleines Kind bei sich hatte. Es verlangte den Konsul selbst zu sprechen, da es sich angeblich um eine besondere Angelegenheit handelte, die nicht von den Paskettanten erledigt werden könne. Konsul Binet erschien aus seinem Arbeitszimmer in dem großen Abfertigungsraum, wo mehrere Konsulatsbeamte und Angestellte mit der Abfertigung der Besucher beschäftigt waren, und fragte die Russen nach ihren Wünschen. Es entspann sich ein längeres, in russischer Sprache geführtes Gespräch, in dessen Verlauf beide Eheleute immer aufgeregter wurden. Im wesentlichen drehte es sich

schwerung der Einfuhr von Gefrierfleisch zum Ziele, da nach dem § 12 Gefrierfleisch nur eingeführt werden darf, wenn die Häften mit den inneren Organen eingeführt werden. Auf Grund von Verhandlungen der Regierungsparteien, bei denen namentlich die Sozialdemokraten starke Bedenken gegen die Wiederinfraktierung des § 12 vorgebracht hatten, ist dann heute morgen der Antrag der Regierungsparteien eingebracht worden, der von der Wiederinfraktierung des § 12 Abstand nehmen wollte. Die nun plötzlich erfolgte Wiederzurückziehung dieses Antrages ist, wie verlautet, auf Bedenken des auswärtigen Amtes zurückzuführen. Wie wir weiter hören, hat das auswärtige Amt auch gegen den Antrag des Ausschusses gleiche Bedenken vorgebracht.

Abg. Schröter-Merseburg (R.) warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten sich im Ausschuss zur Beteiligung an den Zollerhöhungen bereit erklärt.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Volkspartei) betonte die jetzigen Maßnahmen nur als den Anfang zur Wiederaufrichtung der Landwirtschaft. Der Vorwurf der Rückständigkeit unseres Bauernstandes könne nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Der Redner wandte sich gegen das zollfreie Gefrierfleischkontingent. In Berlin und Hamburg habe der Gefrierfleischverbrauch ungefähr 50 Prozent des Gesamtverbrauchs, im Rheinland-Westfalen sogar 80 Prozent.

Abg. Dörrich (Chr.-nat. Bauernpartei) wies ebenfalls den Vorwurf der Rückständigkeit zurück.

Abg. Freyhe (Wp.) erklärte sich mit der Wiederinfraktierung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes einverstanden. Das deutsche Fleischergewerbe habe kein Interesse daran, den Verkäufer von Auslandsfleisch zu spielen. Zölle seien kein Alibi, aber ganz ohne Schutzölle könne die Landwirtschaft nicht bestehen.

Von den Sozialdemokraten ist ein Antrag eingegangen, der die Ausschussbeschlüsse zum Reichsweidengesetz wieder rückgängig machen und die Vorlage in der Fassung des Regierungsvorlages wieder herstellen will. Nach der Regierungsvorlage kann die Regierung über die Errichtung von Seegrenzschutzhäusern und über den Betrieb in ihnen sowie über das von den Ländern bei der Einfuhr von Vieh in diese Schlachthäuser zu beobachtende Verfahren Bestimmungen treffen. Der Ausschuss hat diese Vorlage auf den Verlaß von Fleisch aus den Seegrenzschutzhäusern ausgedehnt und gleichzeitig zur Schaffung einer gleichmäßigen Handhabung die Bestellung eines Reichskommissars vorgezogen.

Abg. Stuhendorff (Dn.) schilderte die Preis-

Da der schwedische Reichstag im Januar 1930 wieder zusammentrete, würde die Möglichkeit zur Ratifizierung eines in der Zwischenzeit abgeschlossenen Abkommens gegeben, ohne daß ein vertragsloser Zustand eintritt.

Die deutsche Note ist, wie hinzugefügt werden muß in überaus freundlicher Form gehalten und läßt klar erkennen, daß die deutsche Regierung alles zu tun bereit ist, um die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen auch in Zukunft so günstig wie möglich zu gestalten.

darum, daß die Frau in Frankreich einen schweren Unfall erlitten hatte, der zur Amputation eines Beines führte und durch den sie noch heute im Gehen behindert ist. Der Konsul versuchte, den beiden Leuten, die von ihm die Durchsicht einer Entscheidungsforderung verlangten, klar zu machen, daß sie sich mit ihrem Gesuch nicht an die richtige Stelle gewandt hätten, da das Konsulat für derartige Petitionen nicht zuständig sei. Die Russen wurden aber immer erregter. Der Mann schlug während auf den Tisch, so daß der Konsul schließlich den Portier holen ließ, um das Ehepaar aus dem Gebäude zu weisen. Gerade als der Portier hinter der Frau stand, griff diese plötzlich in die Tasche und zog blitzschnell einen Revolver. Der Konsulspächter sah die Waffe und schlug der Frau im nächsten Augenblick den Arm hoch, so daß die Schüsse in die Decke gingen, ohne den Konsul, für den sie wohl bestimmt waren, zu treffen. Die Schüsse verursachten in der Paskette des Konsulats eine große Panik. Aus allen Zimmern liefen die Angestellten herbei, während andererseits die Besucher schreckhaft den Raum verließen. Das russische Ehepaar ließ sich widerstandslos fesseln, bis die herbeigerufenen Polizeibeamten erschienen und sie festnahmen. Auf der Wache stellte es sich dann heraus, daß es sich um ein Ehepaar Morosoff handelte. Die 20jährige Ehefrau Morosoff ist von Geburt Lettin. Sie befanden sich auf der Reise von Paris nach Riga. Sie wurden zur weiteren Vernehmung im Polizeipräsidium eingeliefert.

Entwicklung der Kartoffeln und verlangte höhere Schutzölle, um die Kartoffelausfuhr aus Holland und Polen zu beschränken.

Reichsernährungsminister Dietrich

betonte nochmals, daß die Regierung von dem jetzigen zollfreien Gefrierfleischkontingent nicht abgeben könne.

Wenn § 12 auch nicht die Einfuhr ausschließe, so erwäre er sie doch durch die Vorschrift, daß Tiere nur im Zusammenhang mit den inneren Organen eingeführt werden dürfen. Das Abg. Fehr über die Ausschussarbeiten gesagt habe, sei nur ein Beweis dafür, daß man im Ausschuss Aufgaben übernommen habe, die man nicht erfüllen konnte. Auch die Kritik des Abg. Hepp gehe fehl. Wenn die Bauern nur auf die Agrar- und Sondergruppen angewiesen wären und nicht ihre Vertretung in den großen politischen Parteien hätten, dann wäre für die Landwirtschaft wenig zu erreichen. Alle Parteien wissen, so fuhr der Minister fort, daß ich mich eifrig bemüht habe, Änderungen im schwedischen und baltischen Handelsvertrag zu erreichen. Die jetzt von der Landwirtschaft befürgten Bindungen im schwedischen und französischen Vertrag sind aber gerade auf Verlangen der Landwirtschaft eingeleitet worden. Das hat Minister Curtius f. B. ausdrücklich festgestellt. (Hört, hört!) Es darf doch nicht vergessen werden, daß wir in der neuen Regierung ein umfassendes Hilfsprogramm auf lange Sicht für die Landwirtschaft aufgestellt und uns mit größtem Eifer für ihre Wünsche eingesetzt haben. Wenn das von Ihnen nach rechts) geäußert wird, so erwarten wir, daß der gesunde Sinn der Bauernschaft nicht auf das hereinfallen wird, was ihr aus Popularität und politischer Agitationshaft von Ihnen gepredigt wird (Unruhe rechts).

Abg. Willkens (M.) nannte die vorliegenden Anträge nur ein Angstprodukt des schlechten Bewusstseins der Regierungsparteien und forderte eine Umkehr der gesamten Wirtschaftspolitik.

Abg. Bergmann (Soz.) trat für die Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch ein. Durch Schutzölle werde der Fleischverbrauch gesenkt.

Abg. Freiherr von Richthofen (Dn.) bestritt, daß die deutsche Landwirtschaft rückständig sei. Solange ihr die nötigen Betriebsmittel fehlen, könne sie an eine weitere Rationalisierung nicht denken. Der Redner verwies dann insbesondere auf die Bedeutung der Zuckerpriestregelung.

Abg. Börnle (R.) protestierte nochmals gegen die Zollerhöhung.

Damit schloß die Aussprache.

Neueste Funkmeldungen

(Eigener Funkdienst.)

Die amtliche französische Antwort auf die britischen Schritte in der Frage des Tagungsortes der diplomatischen Konferenz wird für Donnerstag, spätestens Freitag in London erwartet. Man neigt dort der Ansicht zu, daß die Arbeiten der Konferenz beträchtliche Schwierigkeiten mit sich bringen werden.

In seiner Eröffnungsrede auf dem Vierzehnten Essen gab der 1. Vorsitzende des Deutschen Völkerrechtsvereins, Geh. Sanitätsrat Dr. von Stauffenberg, eine im Hinblick auf den Jahrestag von Versailles bedeutsame Erklärung gegen die von englischer Seite gemachte Behauptung, Deutschland habe im Weltkrieg Pestbakterien zur Bekämpfung der feindlichen Truppen verwendet, energig Einspruch erhoben.

Die schwedischen Ozeanflieger wollen innerhalb der nächsten 24 Stunden von Jibland nach Jvigtut (Grönland) weiterfliegen. Das Wetter soll außerordentlich günstig sein.

Die Rheinlandkommission hat für das ganze besetzte Gebiet ein Verbot aller Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erlassen, an denen General v. Epp teilzunehmen beabsichtigt. — Das Verbot aller Kundgebungen anläßlich des 10. Jahrestages von Versailles schließt auch Trauergottesdienste ein.

In der Mittwochsitzung des Reichstages fanden die Abstimmungen über die Zollerhöhungen und andere landwirtschaftliche Fragen statt. Zunächst wurde namentlich abgestimmt über die vom Ausschuss beantragte Wiederherstellung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Dafür stimmten geschlossen nur Deutsch-nationale, Wirtschaftspartei und die Bauernparteien, während die Mittelparteien nicht ganz einmütig stimmten. Der Ausschussantrag wurde mit 245 gegen 162 Stimmen bei vier Enthaltungen unter lebhaften Pfuirufen der Rechten, die aus der Mitte mit Beifall beantwortet wurden, abgelehnt. — Die Novelle über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, wonach Gefrierfleisch im Kleinhandel und in den Verkaufsräumen und bei öffentlichen Anpreisungen als solches bezeichnet werden muß, wurde in dritter Beratung angenommen.

Weiter wurde die Vorlegung eines Gesetzentwurfes gebilligt, wonach das Einfuhrverbot auf weitere Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft ausgedehnt werden soll.

Gleichfalls verabschiedet wurde die Novelle zum Viehsteuergesetz, nachdem der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt ist.

Angenommen wurde der Antrag, mit Dänemark in Verhandlungen einzutreten, um die Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch in den Monaten August bis November einzustellen.

Die Ausschussanträge über die Erhöhung des Kartoffelzolls und des Butterszolls wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten genehmigt, ebenso die Entschädigung, wonach die Zölle für Molkereiprodukte neu geregelt werden sollen.

Das Haus stimmte weiter dem Ausschussantrag über den Zuckerpriest zu, wonach in den Monaten der Zuckerkampagne ein Zuschlag von 15 Pfg. für besondere Unkosten, Verluste usw. gewährt werden soll.

Nach den Abstimmungen kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Auf der öffentlichen Tribüne erhob sich ein Mann, um laut gegen die Abstimmungen zu protestieren. Die Bauern wollten ihr Recht haben und er fordere das Haus auf, auf die Notlage des Bauernstandes Rücksicht zu nehmen. Nach kurzem Widerstand wurde der Aufruhr von der Tribüne entfernt.

Das Haus ging über zur dritten Beratung des Gesamtstats.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) fragte den Finanzminister, wie es mit der vom Reichstag geforderten Denkschrift über Sparmaßnahmen bei den einzelnen Ressorts stehe. Dr. Hilferding habe einen Anleihenrezept aufgestellt. Durch den Young-Plan werde die Etatgestaltung in den nächsten Jahren keineswegs verbessert. Auch dann würden die gesamten Kriegslasten jährlich etwa fünf Milliarden betragen. Es bleibe nur der Ausweg der weiteren Verschuldung. In 200 deutschen Altiengegesellschaften seien bereits 300 ausländische Aufsichtsräte. (Hört, hört! rechts.) Neben der Ueberschuldung und Verschuldung würde für die Erfüllung nur die Möglichkeit einer Senkung der Löhne und Gehälter übrig bleiben, um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Der Redner fragte, ob es richtig sei, daß die Regierung nach Paris mitgeteilt habe, sie halte zwei Milliarden für eine angemessene Summe. Von amerikanischen Sachverständigen werde die Leistungsfähigkeit des unversinkelten Vertriebsdeutschland nur auf 400 Millionen geschätzt.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) kritisierte das

„Wasser, guter Vater, ist's dein Ernst? Da laß mich hingehen als Friedensparlamentarier. Gehe der Himmel, Gottes Vater deute so großartig.“

Er tat's. Der junge Burg hatte ihm niemals misfallen. Und Gott stand da, mit heißer Bitte in den Augen, und trat dann wieder unerschütterlich fest an ihres Königsaltars Seite, der natürlich in voller Segensfülle und großer Gerechtigkeit gekommen war, die Braut einzuführen. Was war da zu machen? Vor dieser Doppelhochzeit mußte er kapitulieren und tat's nicht mal ungern. Von vorläufiger Feindschaft und Bannteilung konnte ohne ihn nicht die Rede sein. Naturgewalten hatten hier Konflikte geschaffen, und wenn nun Liebe, die Himmelstochter, das Dilemma völlig schlichtete, wollte, — in Gottesnamen denn, Alles fliehe! Möchte denn auch Gottes Wohlgefallen seinen Lauf nehmen.

Ende.

Gottfried als Verur

„Praktische Politik“ in Venedig. — Gottfried nach Sanit. — Der Klub der Götterkinder.

Von Herbert G. v. S.

Von Zeit zu Zeit gehen noch Nachrichten von Aufsehen erregenden Götterkinder durch die Presse, im großen und ganzen ist jedoch die Art, sich einer unheimlichen oder verheerenden Persönlichkeit zu entziehen, recht selten geworden. Die moderne Chemie und die gerichtliche Medizin legen den Götterkinder heute allzu große Schwierigkeiten in den Weg. Früher war das anders. Der Götterkinder konnte sich so gut wie sicher fühlen, weil niemand ihn zu überführen vermochte. An eine Leichenschauung dachte man damals noch nicht.

Die Kunst des Götterkinder wurde im Orient schon früh geübt, fand in Europa aber erst unter den römischen Kaisern Eingang. Dann allerdings gleich in großem Maßstabe. Im Stalien des Mittelalters wurde sie vielfach gewöhnlicher als gewöhnlich. In Venedig herrschte geradezu eine Mode, die jeden, den man aus politischen oder persönlichen Gründen als Feind betrachtete, durch Gift zu beseitigen. Selbst die Regierung der Republik scheute sich nicht, auf diese Weise „praktische Politik“ zu treiben, wie die auf uns überkommenen Sittenprotokolle des „Rats der Zehn“ beweisen. Die turg Randbemerkung in diesen Protokollen „factum“ (erledigt) verrät noch heute die jedesmalige erfolgreiche Durchführung eines derartigen Ratsbeschlusses.

Im Jahre 1543 bot ein König, Giovanni aus Aquila, dem Rat einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan für politische Götterkinder an. Die Verbringung des todtbringenden Mittels übernahm er selbst gegen billiges Entgelt. Wie aus dem von ihm aufgestellten „Tat“ hervorgeht, verlangte Giovanni für die Verbringung des Giftes 100 Dukaten, für die des Sultans 500, für die des Königs von Spanien 150 Dukaten, außerdem Kasse- und sonstige Geschenke. Der Rat der Zehn nahm das Angebot an. Über das weitere Schicksal des giftigen Mittels wird nichts bekannt, es ist jedoch wenig über die Art des von ihm verwendeten Mittels. Vermutlich war es pflanzlicher Herkunft, wie fast jedes der damals gebräuchlichen Gifte.

Eine Ausnahme hiervon macht indessen gerade das früher in Stalien bevorzugte Gift, das bewährteste „Aqua Tofana“, das in Romantik noch lange eine große Rolle spielte. Es war nichts anderes als eine Arsenvergiftung, ein Stoff, den die moderne Wissenschaft sofort in jedem Reichtum nachweisen würde. Er wurde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von einer Frau aus Venedig erfunden und galt damals als eine Art Zaubermittel. Die Päpste Pius III. und Clemens XIV. sollten ihm

zum Opfer gefallen sein. Aqua Tofana kam in kleinen gläsernen Flaschen in den Handel, die gewöhnlich mit einem Heiligenbild geschnitten und mit der Aufschrift „Aqua di Napoli“ oder „Manna des Heiligen Nikolaus von Bari“ versehen waren. Man gab es als eine Art Schönheitswasser aus. Schätzungsweise sollen allein in Stalien über 600 Personen durch Aqua Tofana ihr Leben verloren haben. Als die Behörden der Götterkinder endlich auf die Spur kamen, flüchtete diese in ein Kloster. Dessen Abt ließ verweigerte die Auslieferung. Die Götterkinder waren mächtig, und so konnte die Frau noch zwei Söhne zehnte hindurch ihr verheerendes Treiben fortsetzen. Schließlich wurde sie von einem Trupp Soldaten gewaltsam entführt, der Götterkinder unterworfen und nach ihrem Geständnis erzwang. Die Götterkinder schenkte mit ihrem Schönheitswasser einem mittelmäßig begehrenden Mann, der die Frau nach zwei Söhnen zu dem Zwecke zusammengeführt hatte, ihre Tränen abzuwischen. Als das Treiben enttastet wurde, weigerte sie sich selbst auf der Folterbank, etwas zu verraten. Eine der Klugheitsbegierde war indessen weniger standhaft und bekannte alles, worauf sie und ein Dutzend Angehöriger des Klubs am Galgen endeten.

Auch in Frankreich spielte der Götterkinder eine große Rolle, und zwar wurde er auch hier begehrt. Die bekannteste Götterkinder war ein Staliener, Egli, der sich viel mit Alchemie befaßte. Er wurde nach seiner Enttastung in die Bastille geworfen, doch scheint diese damals noch ein „süßes Gefängnis“ gewesen zu sein. Dem Egli wurde selbst vom Kaiser aus ein verborgenes Treiben fortzulegen. Die Götterkinder nahmen schließlich einen solchen Anlauf an, daß zu ihrer Verhaftung eine besondere Kammer, die „chambre ardente“, eingerichtet wurde, die unter den Götterkinder tüchtig aufzuräumte. Dabei stellte sich heraus, daß der Sport, andere durch Gift zu beseitigen, bis in die höchsten Kreise hinein geübt wurde. Es kam zu einem ungeheuren Standal, in dessen Verlauf mehrere sehr hochgestellte Personen ins Gefängnis wanderten. Die Lieferantin des tödlichen Stoffes, eine gewisse La Rollin, endete auf dem Scheiterhaufen.

Ein Testament, wie es nicht sein darf. Man kann bekanntlich Testament auf verschiedene Weise abfassen, entweder vor einem Notar oder Richter oder unter Angabe des Ortes und Datums durch eine eigenhändige geschriebene und unterschriebene Erklärung, wozu man auch ausnahmsweise Briefform wählen kann. Richter, Schriftsteller und Angehörige ähnlicher Berufsstände dürfen mit dem Künftleramen ein Testament unterschreiben, weil er eben als der verheiratete übliche Name gelten kann. Sonst aber müssen alle Vorrichtungen penflich innegehalten werden, wie ein dieser Tage vor einer Berliner Zivilkammer verhandelter Erbschaftsstreit zeigt.

Ein Berliner Kaufmann Sch. erzielte selbstständig ein Testament und wollte seine Schwestern in voller Höhe mit seinem Vermögen von 20000 Mark bedenken. Herr Sch. unterzeichnete das Testament mit den beiden Worten: „Dein Paul.“ Gegen diese Abschlusung des Testaments wurde von den anderen Familienmitgliedern Einspruch erhoben und sie haben Recht bekommen, indem das Testament mit der Unterschrift „Dein Paul“ für ungültig erklärt wurde. Aus der Begründung geht hervor, daß, abgesehen von den oben angegebenen Umständen, ein Testament als Interdispositum unbedingt den Namen tragen muß, der von dem Erblasser

im Versteck gebraucht wird. Hierunter ist der Familienname zu verstehen, nicht aber der Vorname. Wenn man für das in Briefen an Freunde oder Verwandte niedergelegte Testament ausgehen wollte, allein mit dem Vornamen unterschreiben zu können, so müßte man damit rechnen, daß eine große Rechtsunsicherheit entstehen würde. Aus diesem Grunde ist das Testament des Kaufmanns für ungültig erklärt worden und die Schwester mit ihrem Anspruch abgewiesen. Sie muß nun in einem besondern Prozesse um einen Teil des Vermögens kämpfen.

Parlamentarische Stillschaltung

Welche Stelle des Handels und der Wirtschaft haben diesen verrückten Riesenbandwurm mit großem Mißbehagen geschluckt. Er ist davon nicht kräftiger geworden.

Was nützt uns aller Handel und Wandel, wenn er vorn eine schöne Fassade und hinten keine Lust hat?

Man nennt den Etat des Reiches auch Staatskassaplan. Der Name trägt dabei, weil das Haushalten nur geplant ist; durchgeführt wird es doch nicht.

Da laßt der nachts Pferdehals des kapitalistischen Geistes heraus, der auf keine Rücksicht gibt und bei jeder Gelegenheit im geheimen hinten ausschlägt.

Immer neue Steuern und keine Enten für die Wirtschaft! Man sollte doch meinen, daß eine Regierung, die so viel annimmt, auch etwas machen kann!

Der Geist des Selbstzwecks ist die böse Sieben, die am Markt des deutschen Volkes nagt und dabei noch ein frommes Gesicht macht.

Unsere Wirtschaft ist nach Sowjetland genannt und hat dort Konzeptionen geklaut. Man laßt das laß ihr bekommen wie einem Berliner ein Besuch im Sonnenloster.

Das Gesetz befristet mit Recht die großen Trübe und Gefährlichkeiten, denn diese sind es, die mehr noch als die Großgrundbesitzer an hässlichen Seuchen leiden.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist auf dem Wege, wieder ein harter Mann zu werden. Ein harter Mann aber sollte auch einmal einen harten Ton von sich geben können!

Das Betriebsvertragsrecht ist der langsame fliegende Quell, der schließlich das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu ertrinken droht.

Unter diesen Freiheiten der Wirtschaft gibt es Leute, die nicht einmal mit Druckerwürzen mehr reinkommen können.

Neben Sie nicht immer von der aktiven Handelskassaplan, sondern greifen Sie an Ihren eigenen Wunden, da ist ein üppiges Grab. Ober sollten Sie etwa zwei Wunden in Ihrer Seele haben?

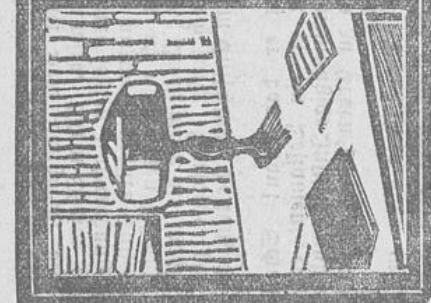
Diese Volkswirtschaft ist ein solches zerknülltes Kind. Die Wirtschaft wird schon dafür sorgen, daß ihr Stille des Lebens nicht ausgeblendet wird, wie einem Dunkelgebirge.

Glauben Sie, Kapital und Großindustrie würden ihre Knochen dazu hergeben, daß die Kommunisten vom Himmel heraus laugen können?

Sie für die Kulturkritik, das ist der sprühende Punkt, auf dem von imponenten Reitern bauern herumgeritten wird.

Nach den Industriearbeitern wird es nicht gelingen, das kühnste Ei des Columbus zu legen, denn es ist fast von unten bis oben.

Meinem Herrn Vorreiter, der für vernünftige Stille eingeht, muß ich entgegen, daß die Verurteilung als solche gar kein verfallungsmaßiges anerkannter Faktor ist.



Nr. 26

* Wöchentliche Unterhaltungsbeilage *

1929

Magst alles werfen in das Lebens Glut, nur eines hatte ich, die Sehnsucht nach dem Guten.

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

„Doch er allein?“

